

---

## GROSSER RAT AARGAU

---

### **Postulat René Kunz, Reinach, vom 15. September 2009 betreffend Einführung eines „Job-Tickets“ für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung, der Justizbehörden und der selbstständigen Staatsanstalten**

---

#### **Text:**

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung, der Justizbehörden und der selbstständigen Staatsanstalten vermehrt die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Um den massiv zunehmenden Strassenverkehr einzudämmen soll der Kanton Aargau seinen Angestellten ein sogenanntes „Job-Ticket“ anbieten. Das „Job-Ticket“ ist ein spezielles Monats- oder Jahresabonnement für alle Berufstätigen der kantonalen Verwaltung. Der Kanton Aargau leistet an dieses „Job-Ticket“ einen entsprechenden finanziellen Grundbetrag.

Das „Job-Ticket“ soll durch eine Vereinbarung mit dem Verkehrsverbund A-Welle, Zürcher Verkehrsverbund, dem Tarifverbund Nordwestschweiz und weiteren interessierten Verkehrsverbunden zustande kommen. Dieses „Job-Ticket“ soll die Beschäftigten animieren, in den entsprechenden Verkehrsräumen kostengünstig den öffentlichen Verkehr zu benutzen; dies nicht nur für Fahrten von und zum Arbeitsplatz, sondern innerhalb der gebuchten Tarifgebiete an allen Tagen der Woche, rund um die Uhr.

#### **Begründung:**

Mit dem „Job-Ticket“ fahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung, der Justizbehörden und der selbstständigen Staatsanstalten stressfrei, schnell, sicher und bequem von und zur Arbeit und ebenso entspannt ins Freizeitvergnügen; ohne lange Parkplatzsuche. Dies alles ohne die Umwelt übermässig zu belasten!

Der Kanton Aargau hat den Auftrag und die Verpflichtung, die Umwelt nachhaltig zu schützen. Was für die Energiepolitik gilt, zählt auch für die Verkehrspolitik: Diese darf sich nicht primär nach den steigenden vermeintlichen Bedürfnissen der Verkehrsteilnehmer richten, sondern muss wegweisend sein, hin zu weniger und energieschonenderem Verkehr. Ohne konsequente Massnahmen werden die Emissionen aus dem Personenverkehr auf der Strasse in den kommenden Jahren weiter zunehmen und die Bemühungen die zu einer Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses führen sollten, einmal mehr Schiffbruch erleiden. Eine Verminderung der Abgase dagegen – wird sowohl zur Bekämpfung des Klimawandels etwas beitragen, wie auch die Abhängigkeit von eingeführten Erdölprodukten vermindern – die Luftqualität verbessern und damit der Gesundheit der Bewohner zugute kommen.

Der frühere deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte es dazumal richtig: „Der Umweltschutz erfordert immer wieder Überschreitungen von Grenzen, in der eigenen Gesellschaft und in den internationalen Beziehungen“.